

# Der Medienzar und die Wutbürger

**Aufbruch.** Nichts ist in Bosnien, was es zu sein scheint. Hinter den wütenden Protesten vermuten viele den Verleger Radoncic – die Abschaffung der Kantonsbehörde könnte ihm in die Karten spielen. Ein Lokalaugenschein.

NORBERT MAPPE-SNIEDIEK

TUZLA, SARAJEVO (SN). Tja, Gewalt, nein, „das ist gar nicht gut“, sagt Husrev Ardic, aber dann muss er so breit grinsen, dass man ihm das Bedauern nicht so recht abnehmen mag. Einige Hundert Tuzlaner haben sich vor dem gründlich abgebrannten Gebäude der Kantonsregierung eingefunden. Man schaut Burschen zu, die an ein paar gelangweilten Polizisten vorbei zersplitterte Fensterscheiben und verbrannte Möbel ins Freie tragen. Seit Mittwoch wird in Tuzla demonstriert, am Freitag griffen die Proteste auf 33 Städte über.

Am Wochenende wurde in Sarajevo und Bihac friedlich weiterdemonstriert. In der Hauptstadt, wo vermummte Randalierer das Gebäude der Staatspräsidentschaft angezündet hatten, versammelten sich wieder Studenten und blockierten die Hauptverkehrsader. „Es ist schrecklich“, sagt Selima Hodzic, 38, und schüttelt heftig den Kopf. Den Anlass der Angriffe kann sie verstehen: Sie arbeitet bei einem Immobilienbüro – ohne Vertrag, und wenn der Chef gerade kein Geld hat, gibt es eben keins. Es ist Sonntag, Selima ist mit der Straßenbahn auf dem Weg zur Arbeit. Sie war dabei, als am Freitag Steine flogen. „Das waren keine Burschen aus der Stadt“, erzählt sie. „Das waren welche in Jogginghosen. Plötzlich haben sie sich Sturmmasken über die Gesichter gezogen, Steine und Molotowcocktails aus ihren Taschen geholt.“ Das Gebäude der Staatspräsidentschaft ist abgesperrt, Arbeiter holen die Glasreste aus den Fenstern. „Die Feuerwehr hat Wasser hineingespritzt und das ist in den Keller gelaufen“, sagt Saban Zahirovic, Leiter des Staatsarchivs. Was und wie viel zerstört wurde, ist unklar.

Wem nützt es? Das ist die Frage, die sich die leidgeprüften Bürger von Sarajevo immer als Erstes stellen. Nichts ist hier, was es zu sein scheint – auch und erst recht kein scheinbar spontaner Straßenprotest. Fragt man nach möglichen Anstiftern, fällt immer wie-



Ein Bild des „bosnischen Frühlings“: ausgebrannte Autos in Sarajevos Straßen. Der Zorn gegen die Kantonsbehörden ist groß – aber alle wollen dort arbeiten.

Bild: SN/EPA

der ein Name des vielleicht mächtigsten Mannes von Sarajevo: Fahrudin Radoncic. Der Eigentümer des größten Medienhauses und der größten Tageszeitung des Landes, Erbauer spektakulärer Hochhäuser und Herr über zahl-

**Diese Kantone brauchen wir überhaupt nicht.**

Edis Colic, Tuzla

reiche Firmen, macht auch Politik. Er hat eine Partei „Für eine bessere Zukunft“ gegründet und ist in der Föderation der zehn Kantone Sicherheitsminister. Gleich nach den Ausschreitungen machte Radoncic sich zum Sprachrohr der Proteste. Er, ausgerechnet er, habe „schon vor Monaten“ einen „Tsunami gegen die Korruption“ gefordert und hinzugefügt: „Wenn die Regierung ihn nicht anschiebt, dann tun es eben die Bürger.“

Die Botschaft kommt an. „Es musste sein“, sagt Edis Colic, 33, als Leiter der Kfz-Prüfstelle von

Tuzla eigentlich einer vom Establishment. „Das ist eine Arbeiterstadt, wir denken hier alle ähnlich.“ Wenigstens um die Kantonalregierung tut es niemandem leid. Husrev Ardic zeigt triumphierend ein angesengtes Kartenspiel vor, das er in dem Gebäude erbeutet hat. „Da kann man sehen, womit die sich den ganzen Tag beschäftigen!“ Tatsächlich haben die Kantonsbeamten in ganz Bosnien beim Glücksspiel des Lebens alle Trümpfe in der Hand: Sie entscheiden über Stellenbesetzungen, Ausschreibungen, die Verteilung der Mittel. Wer hier einen Job haben will, zahlt seinem Vorgesetzten erst mal einige Tausend Mark – und muss das Geld dann irgendwie bei den Bürgern wieder eintreiben. Wer aus dem System herausfällt, hat schlechte Karten – wie die Angestellten der Baudirektion gleich um die Ecke: Sie haben ein Plakat herausgehängt und beschwerten sich, dass sie seit 26 Monaten ohne Gehalt und ohne Krankenversicherung sind.

„Die Kantone brauchen wir überhaupt nicht“, sagt Edis, und so denken neben Fahrudin Radoncic viele Bosnier. Das Land hat gut vier Millionen Einwohner, und die eine Hälfte davon ist noch ein-

mal in zehn weitgehend autonome Einheiten unterteilt, jede mit eigenem Premier und eigenen Fachministern plus Dienstwagen und Büro. Richtige Arbeit dagegen gibt es keine. Die großen Betriebe der einstigen Industriestadt Tuzla sind alle zu – privatisiert.

Auch im übrigen Land traf es am Samstag vor allem die Mächtigen der Kantone: In Sarajevo tat es der Premier seinen Kollegen aus Tuzla und Zenica gleich und trat zurück. Der Amtskollege in Bihac hält noch aus, musste sich aber vor Steinwürfen gegen sein Privathaus in Sicherheit bringen. In Mostar wurde wie in Tuzla das Regierungsgebäude in Brand gesetzt, und im kroatisch dominierten Novi Travnik war es der Bürgermeister, der den Hut nehmen musste. „Die Anliegen der Bürger sind berechtigt“, sagte er noch.

Gegen die Behörden lässt sich der Volkszorn leicht mobilisieren. Die Damen und Herren in den renovierten Amtsgebäuden müssen keinen Hunger leiden, können sich Zulagen genehmigen und sind nicht selten korrupt. Zugleich stehen ihre Posten aber im Zentrum der Begehrlichkeit: Studiert werden in Sarajevo wie in Banja Luka und Mostar vorwiegend Jus und

Politologie – Fächer, mit denen man in ein Amt kommt.

Werden die opulenten Behörden abgeschafft, hat Bosnien immer noch keine produzierende Wirtschaft. Gibt es keine Kantone mehr, geht die Macht auf die nächsthöhere Ebene über: an die Föderation – in der Fahrudin Radoncic seine Bastion hält.

Radoncic, 56, will politisch nie etwas anderes als alle anderen in Sarajevo auch: in die EU, mehr Demokratie, mehr Wohlstand. Als Mann aus dem Sandschak stieß er in der Hauptstadt von Anfang an auf Misstrauen. Das arme Land zwischen Serbien und Montenegro ist in den Augen urbaner Bosnier die Brutstätte von Mafia und Fundamentalismus. Im Krieg aber wurden Leute aus dem Sandschak so dringend gebraucht wie im kroatischen Zagreb die Herzogwiner. Wenn es gerade passt, kann Radoncic auch die islamische Karte spielen. So hetzt sein populäres Blatt „Avaz“ gerade gegen die Melinka, ein Queer-Festival in der Stadt, ganz so, wie es vor Jahren schon die erste Schwulenparade in Sarajevo aufmischen ließ – von jungen Männern in Jogginghosen, die den Krawallmachern vom letzten Freitag auffallend glichen.

## Australien: Premier greift staatlichen Rundfunk an

Tony Abbott kritisiert den Sender ABC als unpatriotisch und kündigt eine Untersuchung der Effizienz der staatlichen Medien an

ELIO STAMM

CANBERRA (SN). Die liberal-konservative Regierung von Tony Abbott ist in der Wählergunst seit ihrer Wahl im September steil abgestürzt. Bereits im November zeigten Umfragen: Wären wieder Wahlen, die Australier würden ihre Stimme der eben erst abgewählten Regierungspartei Labour geben. Noch nie hat eine Regierung ihren Vorsprung derart rasch eingebüßt. Normalerweise reicht die Gunst aus, um bequem eine zweite Amtszeit zu gewinnen.

Anstatt in den eigenen Reihen zu kehren und umstrittene Entschiede in der Klima-, Einwanderungs- und Außenpolitik zu überdenken, scheint Abbott mit dem staatlichen Rundfunksender ABC einen Schuldigen gefunden zu haben. In einem Interview mit einer Radiostation in Sydney ließ

Abbott vergangene Woche verlauten: „Die Australier sind bestürzt darüber, dass der nationale Rundfunk alle Positionen vertritt mit Ausnahme derjenigen Australiens.“ Die ABC lasse die Unterstützung des Heimteams vermissen.

Auf Nachfrage nannte Abbott zwei Geschichten der Australian Broadcasting Corporation (ABC), die ihn konkret stören. Es handelt sich einerseits um die Verbreitung von Enthüllungen des NSA-Whistleblowers Edward Snowden, wonach Australien im Jahr 2009 das Telefon des indonesischen Präsidenten Susilo Bambang Yudhoyono und seiner Frau abgehört hatte. Die Entdeckungen hatten zu einer diplomatischen Krise mit dem wichtigsten regionalen Partner geführt. Abbott störte dabei nicht nur, „dass die ABC Beschuldigungen eines Ver-

räters verbreitet“, er meinte gar, sie habe diese richtiggehend propagiert.

Der andere Dorn in Abbotts Ferse ist der Umgang der ABC mit Vorwürfen von Bootsflüchtlingen, sie hätten Verbrennungen erlitten, weil Personal der australischen Marine sie dazu gezwungen habe, heiße Motorenrohre anzufassen. Dazu gekommen sein soll es bei einer der unter Abbott häufigen Operationen, bei denen Bootsflüchtlinge auf offener See abgefangen und an ihren Ausgangsort zurückgeschickt werden.

Abbott bemängelte Rechercherversuche eines ABC-Reporters, der über Facebook Marineangehörige zu inoffiziellen Aussagen gedrängt habe. Das sei falsch, vielmehr müsse die ABC sich „im Zweifel für den Angeklagten“, also die australischen Seeleute aussprechen.

Die Opposition wies die Angriffe Abbotts umgehend zurück. Ihre Führerin Tanya Plibersek sagte: „Die ABC hat die Regierung schon immer scharf unter die Lupe genommen, darüber sollten alle Parteien froh sein.“ Richtig hoch gingen die Gemüter aber erst einen Tag nach Abbotts Radiointerview. Genau dann nämlich gab die Regierung bekannt, sie werde eine Untersuchung zur Effizienz der öffentlichen Rundfunksender ABC und SBS durchführen.

„Es geht hier nicht um Effizienzverbesserungen, sondern darum, das Budget der ABC zu kürzen“, ließ ein Labour-Sprecher verlauten. Kommunikationsminister Malcom Turnbull entgegnete, die Untersuchung habe nichts mit der Kritik der Regierung an der ABC zu tun. „Der überschneidende Zeitpunkt ist zufällig“, sagte er.

Spekulationen über Budgetkürzungen, vor allem für den Sender Australia Network, tat dies aber keinen Abbruch. Australia Network sendet im Ausland und wird von der Regierung als Form der „weichen“ Diplomatie verwendet. Die Vorgängerregierung hatte den Vertrag dazu unter fragwürdigen Umständen an die ABC vergeben und den Konkurrenten Sky übergeben. Seither werden in Abbotts Koalition immer wieder Stimmen laut, dem Sender das Budget von jährlich mehr als 150 Millionen Euro zu kürzen oder gar die Vergabe neu zu überdenken.

ABC-Direktor Mark Scott sagte, man werde mit der Regierung kooperieren, warnte aber auch: „Werden Australia Network Mittel weggenommen, beeinträchtigt das unsere Korrespondentenposten und damit die Newsressourcen aller ABC-Sender.“